

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. H. H. Schmidt, Dresden, Postfach 10000, Telefon 10000. Druck: H. H. Schmidt, Dresden, Postfach 10000, Telefon 10000.

Verleger: Dr. H. H. Schmidt, Dresden, Postfach 10000, Telefon 10000. Druck: H. H. Schmidt, Dresden, Postfach 10000, Telefon 10000.

Verleger: Dr. H. H. Schmidt, Dresden, Postfach 10000, Telefon 10000. Druck: H. H. Schmidt, Dresden, Postfach 10000, Telefon 10000.

Geldte über die Ziele des Stahlhelms

Seelische Einigung der Nation

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. September. Als zweite große Veranstaltung des 18. Reichsfronsoldatentages fand am Freitagabend im Berliner Sportpalast eine große öffentliche Kundgebung des Stahlhelms statt. Das weite Rund des größten Versammlungsraumes der Reichshauptstadt war mit schwarzweiß-roten Fahnen geschmückt. Auf dem Podium hatte ein aus zahlreichen Stahlhelmkapellen zusammengesetztes Großorchester Platz genommen. Zahlreiche Ehrenäste waren erschienen, an der Spitze wiederum der Kronprinz. Auch die greise Mutter Franz Soldats war anwesend.

gen fordern, so wollen wir bereit sein, in unserem Stahlhelmsinne weiterzuarbeiten, bis das deutsche Volk die ihm so notwendige allgemeine Dienstpflicht.

diese große Volksschule wieder eingeführt wird. Aber auch wenn diese zweite Stufe unseres Programms erreicht ist, dann kann der Stahlhelm noch nicht abtreten; denn dann geht es um die dritte Stufe, um die Erreichung der höchsten geistigen Werte in Deutschland. Dann geht es darum, daß eine bewußte nationale Führerschaft vorhanden ist, die Bismarcks Werk fortsetzt und erfüllt, die erreicht.

daß das von Bismarck geschaffene, heilig geheilte Deutsche Reich auch von heilig geheilten Deutschen, von einem deutschen Volke, von einer wahren deutschen Nation bewohnt wird.

Wir wollen die Eigenschaften der Frontsoldaten: Zähigkeit, Tapferkeit und Durchhalten können nicht in einem Kriege anwenden — denn wir kennen die Schrecken des Krieges und erheben ihn darum nicht —, sondern wir wollen diese Eigenschaften ansetzen in freier, friedlicher Arbeit zum Aufbau der Nation. Mit dem System von Weimar oder mit den Möglichkeiten von Versailles oder mit einer Kombination von beiden ist nichts zu erreichen. Im Gegenteil, wir müssen diese beiden Systeme auflockern, sprengen, wenn wir zur inneren und äußeren Freiheit kommen wollen.

Die deutsche Zukunft liegt nicht bei den Parteien.

Die deutsche Zukunft liegt nicht bei der Mechanik irgendeiner Wirtschaftstheorie. Die deutsche Zukunft liegt nicht allein bei den starken Mannschaften, sondern die deutsche Zukunft liegt bei der wahren deutschen Volkseele. Die deutsche Zukunft liegt bei der wahren deutschen Volkseele, die die deutsche Volkseele ist, die die deutsche Volkseele ist.

Nachdem das Deutschlandlied verklungen war, hielt der Berliner Stahlhelmführer v. Stephan noch einmal eine kurze Ansprache. Daraus wurde dem Kammerfänger Walter Kirchhoff das „Niederländische Dankgebet“ gesungen. Fahnenmarsch und weitere musikalische Darbietungen beendeten den wohlbesetzten Abend. Vorher war in einem Berliner Stahlhelmklub erstmalig der Kreis der Stahlhelms in Deutschland aufgeführt worden. Am Nachmittag veranstaltete die Bundesleitung des Stahlhelms einen großen Empfang im Hotel Kaiserhof.

Der Kampf um Gleichberechtigung

In den letzten Wochen drohten die ungelösten innerpolitischen Streitfragen fast völlig die für die Zukunft unseres Volkes maßgeblichen außenpolitischen Probleme zu überschatten. Mit dem deutschen Vorstoß in der unendlich wichtigen Forderung der deutschen Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Wehrhoheit und nationalen Sicherheit hat die Außenpolitik wieder die ihr gebührende Stellung in der Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit erlangt. Für entscheidendes Stadium hat die bedeutsame außenpolitische Aktivität Deutschlands nach einer Reihe von Reden, Artikeln und Interviews des Reichswehrministers v. Schleicher mit der Uebergabe der schriftlichen Zusammenfassung des deutschen Standpunktes an den französischen Botschafter François Poncet gefunden. Es handelt sich, wie wir jetzt genau wissen, nicht um eine diplomatische Note, sondern um die schriftliche Festlegung der Grundsätze, die Deutschland nach dem völligen Mißerfolg des ersten Tagungsabschnittes der allgemeinen Abrüstungskonferenz im Kampfe um seine Gleichberechtigung und um Wehrfreiheit aufgestellt hat. Es kann keine Rede davon sein, daß Deutschland einen ganzen Katalog angeblicher Abrüstungsforderungen abgefaßt hat, wie es in zehn Punkten von der aufgereizten französischen Presse behauptet worden ist. Denn Pläne, wie sie die französischen Zeitungen der Weltöffentlichkeit vorgekauft hätten, würden viele Millionen erfordern, die erst in Jahrzehnten unserem ausgeübten Volke zur Verfügung ständen. Man könnte über solche Phantasien ruhig zur Tagesordnung übergehen, wenn sie nicht ein interessantes Dokument des französischen schlechten Gewissens wären, das sich ja anlässlich der Uebergabe der deutschen schriftlichen Darlegungen wieder einmal glänzend offenbart hat.

Man muß, um das in seiner vollen Deutlichkeit verstanden zu können, kurz die Vorgänge überblicken, die zu den deutsch-französischen Besprechungen geführt haben. Der erste Tagungsabschnitt der endgültigen Abrüstungskonferenz hat mit einer völlig inhaltslosen Entschlebung geendet, die erkennen ließ, daß die Weltmächte nicht abzurufen aneignet sind, andererseits aber auch die deutsche Forderung der Anerkennung der wehrpolitischen Gleichberechtigung Deutschlands übergehen wollen. Der deutsche Botschafter, Botschafter Radolin, verweigerte deshalb seine Zustimmung zu der jedem Rechtsgefühl höhnpredigenden Entschlebung und kündigte gleichzeitig an, die deutsche Regierung werde an den weiteren Abrüstungsverhandlungen nicht mehr teilnehmen, wenn man sich nicht über die Frage der Gleichberechtigung aller Völkerverbündeten vorher geeinigt habe. Er hat hinzugefügt, daß Deutschland zu sofortigen Verhandlungen bereit sei, und damit den Weg angedeutet, auf dem man allein Deutschland wieder an den Verhandlungstisch in Genf zurückbekommen werde. Bis zum Herbst war Zeit dazu gegeben, ohne daß die Gegenseite den Versuch gemacht hätte, mit uns in Verhandlungen zu treten. Deutschland hat nun selbst wieder die Initiative ergriffen, eine allgemeine Grundlage dafür zu finden, aus dem kleinsten Genfer Aufstufspiel herauszukommen und die Grundlagen dafür zu schaffen, den zweiten Teil der Abrüstungskonferenz zum Grundstein des Weltfriedens zu machen, der nur auf echter Gleichberechtigung und Sicherheit für alle aufgebaut sein kann.

Das Deutschland wünscht, hat in bemerkenswerter Klarheit der französische Ministerpräsident Herriot selbst ausgedrückt, der am 28. Juli 1932 nach Schluß der Abrüstungskonferenz erklärte: „Es ist selbstverständlich, daß wir Sicherheit nicht nur für uns fordern. Wir wollen sie vielmehr für alle Nationen, für die großen wie für die kleinen, für die ehemals feindlichen, wie für die ehemals verbündeten.“ Ausgezeichnet! Aber warum rüht man dann nicht, wie es in Versailles verprochen und nach Schluß der Abrüstungskonferenz ebenso gebrochen wurde, ebenfalls ab? Man kam in Genf überein, die Angriffswaffen zu verbieten. Nur die Verteidigungswaffen sollten bleiben. Wiederrum ausgezeichnet. Aber was wurde daraus? Man einigte sich nach langen Erörterungen darüber, daß alle bestehenden Waffen des technischen Großkampfes, sogar die schwersten modernen Bombenflugzeuge und Großkampfschiffe, Verteidigungswaffen seien. Allerdings mit einer Einschränkung. Für Deutschland sollen diese „Verteidigungswaffen“ gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages als Angriffswaffen gelten und daher verboten bleiben. Als der Vertreter Deutschlands auf diese Unlogik hinwies, erklärte ihm ein Botschafter Frankreichs, man habe Deutschland 1919 auch die Verteidigungsmöglichkeit nehmen wollen. Das ist ebenso zynisch wie wahr. Aber nun ist es höchste Zeit, daß mit diesem unerträglichen Zustand Schluss gemacht wird, der Deutschland zum schäblichen Objekt jedes heutigeren Nachbarn machen kann. Keine deutsche Regierung kann es länger verantworten, daß im Zeitalter des technischen Materialkrieges die deutsche Wehrmacht auf Flugzeuge, Tanks, schwere Artillerie und die übrigen technischen Hilfsmittel verzichtet, die alle anderen

Paris an die Unterzeichner von Versailles

Mitteilungen über den deutschen Schritt

Paris, 2. Sept. Wie aus der engeren Umgebung des Ministerpräsidenten Herriot am Freitag verlautet, soll die französische Regierung zunächst nicht die Absicht haben, eine Antwort auf die deutsche Denkschrift vorzubereiten. Höchstwahrscheinlich werde man sich damit begnügen, der Reichsregierung auf dem üblichen diplomatischen Wege eine Erw盼 auf Besetzung aufkommen zu lassen. Augenblicklich handelt es sich nicht darum, einen Beschluß zu fassen, sondern vielmehr die Reaktionen der Reichsregierung abzuwarten. Um die Auffassung der Reichsregierung zu klären, habe sich die französische Regierung veranlaßt gesehen, ihren Botschaftern und Gesandten den Inhalt der deutschen Denkschrift mitzuteilen. Herriot wünscht, daß man in London, Washington, Brüssel, Warschau, Rom usw. über den deutschen Wunsch nach einer direkten Aussprache mit Frankreich unterrichtet sei.

In Paris wolle man nicht vergessen, daß der Versailler Friedensvertrag 28 Unterzeichnermächte habe. Der französischen Regierung liege daran, mit den bestrebenden Staaten und früheren Alliierten Fühlung zu nehmen.

Die französischen Minister treten am Sonnabendvormittag im Einverständnis mit dem Ministerrat unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten zusammen. Der größte Teil dieser Sitzung wird durch einen ausführlichen Vortrag des Ministerpräsidenten über die außenpolitische Lage und den deutschen Schritt in der Abrüstungsfrage angefaßt sein. Staatspräsident Herriot begibt sich gegen 12 Uhr auf Besprechung mit seinem Sommerminister Rambouillet nach Paris und kehrt im Anschluß an den Ministerrat wieder nach dort zurück.

Die Aufnahme in Washington

Washington, 2. September. Der amerikanische Botschafter in Paris dringete dem Staatsdepartement, daß die französische Regierung ihm eine Abschrift der Aufzeichnung über den deutschen Standpunkt in Sachen der Gleichberechtigung in Abrüstungsfragen übergeben habe, die er drücklich nach Washington senden werde. Im Staatsdepartement hat man von den Berliner Darlegungen des wahren Sachverhalts mit Interesse Kenntnis genommen und hat seiner Befriedigung insbesondere darüber Ausdruck gegeben, daß die Reichsregierung keine Einschränkungen

plane, sondern im Verhandlungswege die Gleichberechtigung erstrebe.

In diesem Zusammenhange wurde darauf hingewiesen, daß der Botschafter Wilson, als er als Vertreter Amerikas im November 1919 in der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz für den Artikel 23 der Konvention stimmte, der den Status quo der realen Rüstungen festsetzt, deutlich betonte, daß dies sich, soweit Amerika in Frage komme, nur auf die Washingtoner und Londoner Flottenverträge beziehe, daß Amerika jedoch zu den Versailler Bestimmungen in keiner Weise Stellung nehme.

„Die Ungleichheit ist auf Lüge begründet“

New York, 2. Sept. Zu dem deutschen Schritt in der Frage der Gleichberechtigung erklärt „World Telegram“, daß die Ungleichheit hierbei auf Seiten Deutschlands liege. Es gebe weder eine rechtliche noch eine moralische Berechtigung, um einer großen Nation die internationale Gleichstellung zu verweigern.

Derjenige Teil des Versailler Vertrages, der Deutschland einseitig habe, sei auf einer Lüge begründet. Die Kriegsschuldfrage sei bereits durch anerkannte Geschichtsschreiber an Hand offizieller Dokumente klargestellt worden.

Die „Evening Post“ unterstützt ebenfalls das deutsche Verlangen nach Gleichberechtigung nachdrücklich.

„Vertragsbruch der Alliierten“

London, 2. September. Der „Star“ gibt folgende Erklärung über die deutsche Gleichberechtigungsforderung ab: Deutschlands Gleichberechtigungsforderung in der Abrüstungsfrage ist lediglich eine Verkräftigung der deutschen Forderung nach „fair play“. Diese Forderung hat die Einfachheit der elementaren Logik. Sie stützt sich auf Teil V des Versailler Vertrages. Die deutsche Abrüstung ist auf den Buchstaben genau gemäß dem Vertrag ausgeführt worden, und die Franzosen erlauben sich, Deutschland mit Sprüchen über die Deutlichkeit der Verträge zu antworten. Uns scheint es jedoch, daß den alliierten Diplomaten nichts anderes übrig bleibt, als ihre Hände zu erheben und zu bekennen, daß sie Verträge gebrochen haben. Das ist die Bedeutung der Anklage für uns, wie sie auch in der gewundenen Sprache der Diplomatie ausgedrückt werden mag.

Table with financial data, including columns for 'Anfang', 'Schluß', and various numerical values.